



Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

—
Postulat André Schneuwly / Bernadette Mäder-Brühlhart
Einen erleichterten Kindergarteneintritt für alle Kinder ermöglichen

2016-GC-25

I. Zusammenfassung des Postulats

Mit ihrem am 15. März 2016 eingereichten und gleichentags begründeten Postulat berichten Grossrat André Schneuwly und Grossrätin Bernadette Mäder-Brühlhart über die Zunahme von verhaltensauffälligen Kindern beim Eintritt in den Kindergarten. Als mögliche Ursachen nennen sie unter anderem mangelnde Erziehung oder Betreuung, Migrationshintergrund und Schwierigkeiten mit dem Erwerb der Lokalsprache.

Die Autoren schlagen eine Erweiterung des Angebots im Bereich der erzieherischen und sprachlichen Frühförderung vor. Sie laden den Staatsrat ein, die Situation im Kanton Freiburg mittels Bericht zu erfassen.

II. Antwort des Staatsrats

Der Staatsrat misst der Chancengleichheit in Bezug auf die Schule grosse Bedeutung zu. Schon lange macht er deutlich, dass es ihm ein Anliegen ist, Kindern mit Schwierigkeiten die bestmöglichen Instrumente zur Verfügung zu stellen. Das Postulat von Grossrat Schneuwly und Grossrätin Mäder-Brühlhart gibt ihm die Gelegenheit, eine Bestandsaufnahme durchzuführen und Möglichkeiten für den Ausbau des Systems zu präsentieren. In Anwendung von Artikel 64 des Grossratsgesetzes (GRG) will der Staatsrat dem Postulat mit dem zeitgleich eingereichten Bericht zuhanden des Grossen Rates direkt Folge geben.

Dieser Bericht kommt zu den folgenden Schlüssen: Durch die Vorverlegung des Kindergarteneintritts um ein Jahr und dessen Obligatorisch-Erklärung können Kinder, die in der Primarschule Sprach- und Kommunikationsschwierigkeiten aufweisen, besser vorbereitet werden. Das neue Sonderpädagogik-Konzept zum neuen Sonderpädagogik-Gesetz spricht von Früherkennung und Intervention im Vorschulalter. Mit der Zusammenarbeit von selbstständigen Fachpersonen und Vereinen, die in der erzieherischen Betreuung und im Bereich der Integration von Personen mit Migrationshintergrund tätig sind, verfügt der Kanton bereits über ein dichtes Netzwerk zur Betreuung von Kindern mit Schwierigkeiten. Dieses soll sich noch zugunsten der Frühförderung entwickeln, wobei dieses Vorhaben nicht nur im Sonderpädagogik-Konzept, sondern auch in der Kinder- und Jugendpolitik und im Kantonalen Integrationsprogramm (KIP) Unterstützung findet. Die Gemeinden werden aufgefordert, die Elternunterstützung und den Erwerb der Lokalsprache durch fremdsprachige Kinder zu fördern. Verpflichtende Massnahmen in Sachen Spracherwerb sind indes nicht ratsam.

Abschliessend schlägt der Staatsrat dem Grosse Rat vor, das Postulat anzunehmen und vom beiliegenden Bericht Kenntnis zu nehmen.

7. November 2017